



Medienmitteilung

Conthey/Visp, 21. April 2021

Wie das Wallis durch 2 extreme Initiativen bestraft würde

Die Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser» und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» sind viel zu extrem. Auch das Wallis würde von einer Annahme dieser Initiativen bestraft werden. An der von **André Summermatter, Ingenieur Agronom ETH und Agro-Berater**, geleiteten Pressekonferenz wurden die Konsequenzen der Initiativen für die regionale Landwirtschaft sowie die verwandten Sektoren beleuchtet.

Maria Arnold bewirtschaftet als **aktive Bäuerin** einen Milchwirtschaftsbetrieb und eine Alp in Simplon-Dorf. Sie erklärte, dass die Landwirte und Landwirtinnen schon heute unter strenger Einhaltung der geltenden Normen arbeiten. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz ist rückläufig. In der integrierten Produktion (IP-Suisse) sank dieser sogar um 40%. Dieser Rückgang kam zustande durch die grossen Anstrengungen, um den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren, auch mit den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel und die Strategie Antibiotikaresistenzen. Zudem ist bei der Annahme der Trinkwasserinitiative zu erwarten, dass Berglandwirtschaftsbetriebe durch die Futterrestriktionen nicht mehr existieren können. Im Berggebiet wachsen nicht alle Futterpflanzen, die für die ausgewogene Ernährung der Nutztiere notwendig sind.

Auch die Verarbeitungsbranche, besonders wichtig die Käsereien im Oberwallis, würde von diesen zwei Agrar-Initiativen direkt betroffen sein. Laut **Alexander Walker, CEO der Walker Group**, wäre die Schweizer Lebensmittelindustrie durch die Verteuerung der landwirtschaftlichen Rohstoffe in der Schweiz und das Verbot von Bioziden mit einem deutlichen Anstieg der Produktionskosten konfrontiert. Für die Milch- und Käseproduzenten sind synthetische Biozide zur Reinigung ihrer Anlagen unerlässlich. Ohne sie wird die einwandfreie Qualität von Schweizer Milch und Schweizer Käse in Frage gestellt. Ihre Haltbarkeit würde verkürzt und das Food Waste würde steigen.

Ständerat Beat Rieder erläuterte die Konsequenzen der Annahme der zwei Agrar-Initiativen auf die Lebensmittelsicherheit und die Preise. Der Verzicht auf alle Pflanzenschutzmittel und die Vorgabe, nur das eigen produzierte Futter zu verwenden, würde zu hohen Mehrkosten führen und gleichzeitig würde das einheimische Angebot zurückgehen (Rückgang der Produktion von Früchten, Zucker, Rapsöl, Fleisch). Beides würde die Ladenpreise und Restaurantpreise für einheimische Produkte erhöhen und diese nur noch für Wohlhabende erschwinglich machen. Zusätzliche Standards würden diese Preise weiter erhöhen und die Schweiz noch vermehrt zu einer "Kosteninsel" machen.

Laut **Franz Ruppen, Nationalrat**, würde, bei Annahme der Initiativen, der Selbstversorgungsgrad von heute 60% auf etwa 40% sinken. In Zeiten von schwierigen Importbedingungen und Ungewissheit, wie während der aktuellen Pandemie, könnte die Versorgungssouveränität der Schweiz gefährdet sein. Die Initiativen berücksichtigen die Realität des heutigen Lebensmittelmarktes in der Schweiz nicht. Die Initiativen würden zu einem Anstieg der Importe führen, was aus Klimasicht ebenfalls problematisch ist. Zudem würden die neuen Regelungen, welche nur für einheimische Produkte gelten, die Preise für Schweizer Produktion unilateral erhöhen, was den Einkaufstourismus fördern würde. Besonders in den

Walliser Komitee « 2x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen »

CP 96, 1964 Conthey, Tel. 027 345 40 10

2xnon@agrivalais.ch | www.agrivalais.ch/initiatives-phyto

2x NEIN
zu den extremen
Agrar-Initiativen

Grenzregionen würde dieser zunehmen, nicht nur, weil die Preise im Ausland niedriger wären, sondern auch, weil die Auswahl viel grösser und attraktiver wäre als in der Schweiz.

Auch **Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete** und **Präsident der Sortenorganisation Walliser Raclette**, findet die Anliegen der beiden Initiativen berechtigt, jedoch gehen diese Initiativen viel zu weit. Sie würden massive Einschränkungen für die Berglandwirtschaft und die Alpwirtschaft darstellen. So verlangt die Trinkwasserinitiative zum Beispiel, dass Nutztiere ausschliesslich mit betriebseigenem Futter gefüttert werden. Dies ist gerade in den klein strukturierten Berglandwirtschaftsbetrieben oft gar nicht möglich. Während der letzten Frühlingsession hat das Parlament ins Gewässerschutz-, Landwirtschafts- und Chemikaliengesetz die wichtigsten Anliegen der Initiativen eingeführt. Die neuen Anforderungen setzen eine Reduktion um 50% der Risiken beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis 2027 durch. Zudem sollen die Stickstoff- und Phosphorverluste in der Landwirtschaft reduziert werden. Die SAB unterstützt diese neue strikte Gesetzgebung und lehnt sowohl die Trinkwasserinitiative als auch die Pestizidinitiative ab.

Weitere Auskünfte erteilen:

Joep van der Poel, Geschäftsführer Bauernvereinigung Oberwallis

076 546 64 55

Pierre-Yves Felley, Direktor Walliser Landwirtschaftskammer

076 427 10 30